



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**

landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
55118 Mainz

Postfach 17 06  
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56  
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

## Rundschreiben Nr. 04/2026

### **An**

- a) Mitgliedsgewerkschaften des dbb rheinland-pfalz
- b) dbb jugend rheinland-pfalz
- c) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz
- d) dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz
- e) dbb-Bezirks- und Kreisverbände

### nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb-Landesvorstandes
- b) dbb-Ehrenvorsitzende
- c) dbb-Ehrenmitglieder
- d) dbb-Kassenprüfer

Mainz, 11.02.2026  
he/-

### *Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch*

### **dbb Landesleitung zu Gast bei der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz**

*„Beamtenstatus trägt erheblich zur Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst bei“*

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zu einem gewerkschaftspolitischen Austausch vor der Landtagswahl traf die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz am 11.02.2026 zusammen mit dem stellv. Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Michael Hüttner, und dem haushalts-/finanzpolitischen Fraktionssprecher Markus Stein.

Die SPD-Fraktion sprach sich zur Eröffnung klar für das Berufsbeamtentum aus.

In Fraktion und Landespartei gebe es keine Ansatzpunkte und keine Diskussionen dagegen. Man sei sich bewusst, dass die Bundesebene der Partei hier eine teils restriktivere Sichtweise vertrete, namentlich in Gestalt von Forderungen zur Einbeziehung der Beamtenschaft in die gesetzliche Rentenversicherung.

Außerdem bestehe Verständnis für Prüfungsideen, wo genau hoheitliche Tätigkeiten im öffentlichen Dienst den Beamtenstatus zwingend erfordern.

Aber der Beamtenstatus trage aus Sicht der Landes-SPD erheblich zur Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst bei, garantiere eine rechtsstaatlich abgesicherte, stabile Personalstruktur und mache den Staat krisenfest. Daran dürfe man nicht rütteln.

Die dbb Delegation befürwortete diese Sichtweise und ergänzte, dass der Dienst für das Gemeinwesen unabhängig vom Status auch fair und angemessen bezahlt sein müsse.

Verdeutlicht wurden in diesem Zusammenhang die parallel zum Gespräch in der dritten Ländertarifverhandlungsrunde akuten dbb Forderungen unter dem Slogan „7 Prozent, mindestens 300 Euro“.

Die SPD-Gesprächspartner gaben darauf zu verstehen, dass die Landesregierung intern bereits Signale gesandt habe, wonach die dritte TV-L-Verhandlungsrunde mit großer Wahrscheinlichkeit die entscheidende sein werde.

Man habe die dbb Großdemo am 04.02.2026 in Mainz deutlich wahrgenommen und ebenso die Staffel-Mahnwache Mitte Januar vor dem Finanzministerium.

Nun könne man mit einem tragfähigen Ergebnis in Sichtweite rechnen.

Im Übrigen sei für die SPD-Fraktion klar:

Die 1:1-Übernahme des bald ausgehandelten Tarifergebnisses für die Länder auf Besoldung und Versorgung der Landes- sowie Kommunalbeamtinnen und -beamten in Rheinland-Pfalz ist sicher.

Zwar könne die Technik des notwendigen Landesgesetzgebungsverfahrens in diesem Zusammenhang dazu führen, dass es erst im – späten – Sommer zur Verabschiedung kommt.

Aber das Gesetz werde dann eine Rückwirkungsklausel enthalten zur Sicherung der zeitgleichen Übertragung.

Die dbb Gesprächsteilnehmer kritisierten mit Blick auf die Verhandlungen insbesondere die viel zu lange Laufzeit von 29 Monaten als skandalös, die die Arbeitgeber in ihren aktuellen Eckpunkten vorschlugen.

Zum Stichwort „Einkommengrenze berücksichtigungsfähiger Ehegatten und Lebenspartner in der Beihilfe“ rühmten sich die SPD-Gesprächspartner der Anhebung auf den einheitlichen Betrag von 22.000 Euro.

Die dbb-Delegation kritisierte, dass bei der Anhebung nicht auch gleich eine Dynamisierung gesetzlich mitverbriefet worden sei.

Angesprochen wurden im Beihilfenzusammenhang auch die momentan wieder längeren Bearbeitungszeiten für Beihilfeanträge.

Für beide Gesprächsseiten ist klar, dass phasenweise Verlängerungen der Vielzahl ungebündelter Einzelanträge, der Grippezeit sowie dem erhöhten Krankenstand bei Antragstellern und -bearbeitern geschuldet sein dürften.

Die SPD-Landtagsabgeordneten stellten für die kommende Legislaturperiode die Einführung des sogenannten Hamburger Modells pauschaler Beihilfe in Aussicht, das auch im Landtagswahlprogramm der Partei stehe.

Die unter dem Strich ablehnende Positionierung der Gremien des dbb rheinland-pfalz dazu wurde erläutert.

Die SPD-Politiker betonten, dass das Modell optional angeboten werden solle zum Nutzen insbesondere von schwer versicherbaren (chronisch erkrankten) Personen.

Mit Blick auf die anstehende Landtagswahl betonten die SPD-Vertreter, dass die Partei keine spekulativen Koalitionsplanungen vornehme; man warte den Wahlabend ab und hoffe auf Kontinuität in der Regierung.

Seitens der SPD-Fraktion nahmen neben Michel Hüttner und Markus Stein auch der Fraktionsreferent Christian Kanka (Inneres und Sport) sowie kurz auch die Fraktionsvorsitzende Sabine Bätzing-Lichtenthäler teil.

Die dbb Delegation bestand aus der Landeschefin Lilli Lenz, den stellv. Landesvorsitzenden Johanna Mieder und Hans-Dieter Gattung sowie dem Landesgeschäftsführer Malte Hestermann.

Die Beibehaltung des direkten Drahtes zwischen Fraktion und Spitzengewerkschaft auch nach der Landtagswahl wurde bekräftigt.

Mit freundlichen Grüßen

Lilli Lenz  
Landesvorsitzende